FDP/DVP Fraktion
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

Newsletter 4/2014 | Aktuelles aus dem Landtag | www.jochen-haussmann.de

Grußwort

Bürokratie-Blüten, Anti-Stress-Verordnung, Appell an die Verantwortung

Liebe Leserinnen und Leser,

ein paar Zungenübungen vorab: Bildungsfreistellungsgesetz, Chancengleichheitsgesetz, Zweckentfremdungsverbotsgesetz, dazu die Fahrradstellplatzpflicht und die Fassaden- und Dachbegrünungspflicht. Die Bürokratie treibt Blüten im Ländle. Grün-Rot bringt ein Gesetz nach dem anderen auf den Weg, mit dem reguliert, kontrolliert und vieles komplizierter gemacht wird. Aktuellstes Beispiel: Die neue Landesbauordnung. Überzeugen Sie sich selbst auf Seite 4.

Was macht eigentlich die Große Koalition? Nach dem Mindestlohn, komplizierten Maut-Plänen und teuren Rentengeschenken zu Lasten unserer Kinder sind wir ja eigentlich auf alles vorbereitet. Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles kann uns dennoch immer wieder überraschen: Eine Anti-Stress-Verordnung werde gebraucht. Wer richtig viel arbeitet soll geschützt werden – vor sich und seinem Chef. Dass viele Deutsche gerne und viel arbeiten und damit unseren Wohlstand sichern kann oder will Nahles in ihrer Regelungswut nicht sehen. Vielleicht übersieht sie auch, dass Stress erst beim Blick auf die Gehaltsabrechnung und die steigende Steuer- und Abgabenlast entsteht?

Die FDP befindet sich mitten in einem Erneuerungsprozess. Trotzdem haben wir in Sachsen den Wiedereinzug in den Landtag verpasst. Dabei braucht es gerade jetzt eine FDP, die anstatt Hausfassaden zu begrünen und planwirtschaftliche Eingriffe einer Mietpreisbremse einzuführen auf Investitionen in Wohnungen setzt. Eine FDP, die eine verlässliche Bildungspolitik macht und einen vernünftigen Schulfrieden anbietet (Seite 6). Eine FDP, die wirtschaftsliberale Positionen vertritt und auch die Diskussion mit Gegnern

Ihre Meinung ist mir wichtig.

Schreiben Sie mir, was Ihnen an diesem Newsletter gefällt und was nicht.
Sagen Sie mir Bescheid, wenn Sie zu einem Thema weitere Hintergründe wissen möchten: jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de

www

Reden im Landtag

Meine Reden und Debattenbeiträge im Landtag sind ab sofort auch auf meiner Webseite zu finden. Die aktuellsten Redebeiträge der Plenardebatte am 8. Oktober sind bereits online:

Wohnraum schaffen statt Mietpreisbremse und Bürokratie

Gute Straßen nur mit gutem Maut-Konzept

Fortsetzung:

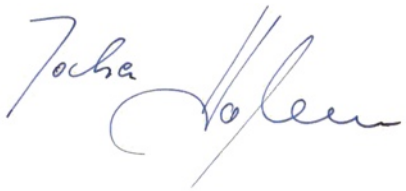
Bürokratie-Blüten, Moralische Flexibilität, Appell an die Verantwortung

des Freihandelsabkommen nicht scheut. Wir setzen uns für die vielen mittelständischen Unternehmen und ihre Beschäftigten ein.

Unsere Ideen begeistern Menschen – bei meinen zahlreichen Veranstaltungen habe ich das erfahren. Hier müssen und wollen wir als FDP ansetzen.

Bei der Lektüre meines Newsletters wünsche ich Ihnen viel Spaß und natürlich allen einen bunten Herbst.

Ihr



Termine: Hier bin ich für Sie unterwegs

17.10.14	Einweihung der Winterbacher Ortsmitte
20.10.14	Kommunalpolitischer Kongress der FDP/DVP-Fraktion im Landtag
23.10.14	Podiumsdiskussion zu Verkehrspolitik des Industrieverbandes Steine und Erden
	Offener Dialog mit dem Beauftragten der Evangelischen Landeskirche im Landtag, Kirchenrat Volker Steinbrecher aus der Evangelischen Kirchengemeinde Rommelshausen
24.10.14	Mitgliederversammlung der Landesverkehrswacht Baden-Württemberg im Kloster Schöntal Enquete-Kommission Pflege
25.10.14	Generationenkonvent der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg und der Friedrich-Naumann-Stiftung
30.10.14	Gespräch mit dem Verband Spedition und Logistik

16.09.14 | Bürgerempfang FDP/DVP in Blaubeuren

Wenn unsere Landtagsfraktion zum Bürgerempfang einlädt...
...müssen weitere Stühle aufgestellt werden. Groß war der Andrang im Blaubeurer Hotel Ochsen. Die zweitätige Klausurtagung war für uns außerdem die Möglichkeit, den Alb-Donau-Kreis zu erkunden, Firmen wie Liebherr zu besuchen und Sehenswürdigkeiten wie die Venus vom Hohle Fels zu erleben.
Dass beim abschließenden Bürgerempfang in Blaubeuren 80 Gäste unserer Einladung folgten, freute uns besonders.

Kinderschutz braucht Aufmerksamkeit

Nach neuen Zahlen läuten die Alarmglocken

Vor genau zwei Jahren, im September 2012, habe ich in meinem Newsletter die Thematik um misshandelte Kinder in Baden-Württemberg beleuchtet (siehe www.jochen-haussmann.de).

Mein damaliger Appell war: Wir dürfen nicht warten und müssen weitere Kinderschutzambulanzen einrichten. In diesen Ambulanzen können Misshandlungen in all ihren Facetten erkannt und durch ärztliche, psychologische, pädagogische und sozialtherapeutische Fachkräfte behandelt werden – eine Beratungs- und medizinische Versorgungsstelle für Betroffene.

Zwei Jahre sind nun vergangen. Es war zu hoffen, dass die Landesregierung in der Zwischenzeit Maßnahmen ergriffen und Lösungen gesucht hat. Neueste Zahlen zeigen jedoch: Jedes fünfte Kind, das zu seinem Schutz in Obhut genommen werden muss, leitet diesen Prozess von sich aus ein. Nicht Angehörige, Elternteile, Ämter oder Dritte erkennen die Misshandlung, sondern das Kind wird von selbst aktiv und sucht Hilfe.

Den aktuellen Report „Kinderschutz und Frühe Hilfen“ können Sie unter diesem Link herunterladen.

Das weckt den Verdacht, dass die vorhandenen Hilfesysteme nicht ausreichen. Der von Sozialministerin Kathrin Altpeter vorgestellte Report „Kinderschutz und Frühe Hilfen“ zeigt auch, dass sich die Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche seit 2005 mehr als verdoppelt hat. Allein 2013 wurde in 1.037 Fällen die elterliche Sorge entzogen, 358 Kinder waren unter 6 Jahre alt – das sind alarmierende Zahlen.

Wir brauchen eine Kultur des Hinschauens statt der Gleichgültigkeit. Die FDP-Landtagsfraktion wünscht, dass Sozialministerin Kathrin Altpeter sich endlich daran setzt, in Baden-Württemberg flächendeckend Kinderschutzambulanzen einzurichten. So muss neben den bisher erfolgreichen Pilotprojekten zu Kinderschutzambulanzen der weitere Weg in Richtung flächendeckende Angebote beschritten werden.

Eine moderne Gesellschaft muss alles tun, um die Schwachen und Schwächsten zu schützen.

16.08.14 | Wandertour rund um Winterbach

Start und Ziel meiner diesjährigen Wanderung war die schöne Remstalgemeinde Winterbach. Am 16. August haben wir nach einer Führung durch das Museum unsere Wanderung gestartet, die uns hinauf zum Ortsteil Engelberg, über Manolzweiler – natürlich mit Einkehr im Hirschen – und weiter durch das schöne Lehenbachtal wieder zurück nach Winterbach führte. Ausklingen lassen haben wir die Wanderung im Weingut Jürgen Ellwanger mit einer kleinen Weinprobe mit Vesper.

Sozial ist, was Wohnraum schafft

Neue Landesbauordnung ruft nach Anpassungen

„Mit der Gesetzes-Novelle reagieren wir auf gesellschaftliche Änderungen wie den demographischen Wandel und Veränderungen im Mobilitätsverhalten – und wir unterstützen die Energiewende“. Zitat Ende. So heißt es in der offiziellen Pressemitteilung des Verkehrs- und Infrastrukturministeriums zur Reform der Landesbauordnung (LBO). Eine eierlegende Wollmilchsau soll das neue Gesetz demnach werden und sozialen wie ökologischen Anforderungen genügen. Daran muss sich das Gesetz nun messen lassen.

Die Landesbauordnungen regeln in Deutschland, was bei der Bebauung von Grundstücken zu beachten ist. Die Regelungen sind sehr detailliert und tiefgreifend und beziehen sich beispielsweise auf Fluchtwege, die Sicherheit auf der Baustelle, Spiel- und Stellflächen in Wohnanlagen oder die Eignung von Bauprodukten.

Vor eineinhalb Jahren wurden die ersten Eckpunkte für eine Reform der LBO in Baden-Württemberg durch das grün geführte Ministerium vorgestellt. Eine solch lange Verfahrensdauer weckt Misstrauen, dazu gab es viele kritische Stellungnahmen. Ein Blick in den Entwurf verrät, warum von verschiedener Seite um Anpassung gebeten wird.

Wie so oft, wenn etwas aus dem Hause von Verkehrsminister Winfried Hermann kommt, hat einmal mehr das Fahrrad oberste Priorität und dem Auto wird der Kampf angesagt. Fahrrad-Stellplätze sollen zur Pflicht werden, wenn Wohnungen gebaut oder Betriebe angesiedelt werden. Es spielt hier keine Rolle, ob auch tatsächlich von Fahrradverkehr ausgegangen werden kann. Bauherren und Betriebe können sich auf erhebliche Kostensteigerungen einstellen. Warum ist dieser Regelungswahn nötig? Wird nicht

Rems-Murr-Kreis: FDP/FW-Kreistagsfraktion

Nach der offiziellen Konstituierung des neuen Kreistages am 15. September wurde auch unsere neugewählte FDP/FW-Kreistagsfraktion abgelichtet. Von hinten links: Prof. Dr. Fritz Weller, Peter Treiber, Jürgen Hofer, Ulrich Lenk, Julia Goll, Dr. Wolfgang Weigold, Gudrun Wilhelm, Jochen Haußmann MdL, Brunhilde Meßmer. Nicht im Bild: Klaus Auer.
Einstimmige Ergebnisse ergaben die Wahlen zum Fraktionsvorstand: Ulrich Lenk, der seit 2004 den Fraktionsvorsitz inne hat, wurde erneut für weitere 2,5 Jahre gewählt. Auch bei den Stellvertretern gab es Kontinuität: Gudrun Wilhelm und ich wurden für diese beiden Ämter erneut bestätigt.
Für die Fraktionsfinanzen ist Brunhilde Meßmer zuständig, als Schriftführer wurde Klaus Auer wiedergewählt. Verstärkt wird die Fraktion und der Fraktionsvorstand durch die Waiblinger Stadträtin Julia Goll, die als Beisitzerin für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit gewählt wurde.
Die Arbeit unserer Kreistagsfraktion können Sie auf unserer Webseite verfolgen.

Fortsetzung:

Neue Landesbauordnung ruft nach Anpassungen

der Bauherr selbst erkennen, wann Fahrrad-Stellplätze nötig sind und wann nicht?

Die Mieten in Deutschland verzeichnen einen Höchststand nach dem anderen. Um diese Spannungen auf dem Wohnungsmarkt zu lösen, helfen allein neue Bauvorhaben – neuer Wohnraum muss her. Der falsche Ansatz ist es jedoch, durch immer neue Regelungen das Bauen teurer zu machen. Eine Dach- und Fassadenbegrünungspflicht soll nach der neuen LBO das Bauen ökologischer machen. Hat das Gebäude keinen Garten, müssen auf aufwändigen Dämmplatten Efeu oder andere Gewächse gepflanzt werden. Das mag ökologisch klingen, in erster Linie bedeutet dies aber eine Herausforderung für die Statiker und unkalkulierbare Kosten, die das Bauen unattraktiver und die Wohnungssituation verschärfen wird.

Die neue LBO ist gespickt mit grünen Lieblingsprojekten: So muss der Schutz von Denkmälern und des Stadtbildes zugunsten des Solarstroms zurückstecken. Mit vielen Regelungen und Fallstricken ist die neue LBO ein Meilenstein des Bürokratieaufbaus. Bauen wird dadurch im Südwesten nur komplizierter, teurer und regulierter. Sozial ist das Gesetz nicht, nur weil es Barrierefreiheit fordert. Sozial ist im Wohnungsbau, was Wohnraum schafft.

Die Landesbauordnung war auch Thema einer Landtagsdebatte. Hier geht‘s zum Video.

Gemeindeordnung: Privat vor Staat muss weiterhin gelten

Kommunen sollen künftig den mittelständischen Handwerkern Konkurrenz machen – zumindest wenn es nach der grün-roten Landesregierung und ihrer geänderten Gemeindeordnung geht.

FDP

Resolution der FDP Rems-Murr Schorndorf, 6.10.2014

Keine Änderung der Gemeindeordnung
Grün-rote Landesregierung nimmt die Schwächung des örtlichen Handwerks bewusst in Kauf

Auf dem Kreisparteitag der FDP Rems-Murr am 6. Oktober in Schorndorf haben wir uns klar gegen diese Änderung ausgesprochen. Mit der beschlossenen Resolution appelliert die Kreis-FDP an die Landtagsfraktionen, die Möglichkeiten der privaten Mittelständler und Handwerker nicht einzuschränken.

Denn eines ist klar: Diese Mittelständler stellen einen Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg. Je mehr Aufträge sich Städte und Kommunen erschließen, desto weniger bleibt den Mittelständlern vor Ort. Die Folgen sind sinkende Steuereinnahmen und ein Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Die FDP-Landtagsfraktion ist vollkommen auf einer Linie mit der Resolution. Als einzige Fraktion im Landtag treten wir für einen fairen Wettbewerb bei der Vergabe kommunaler Aufträge ein und stehen für die Interessen der vielen selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden.

Die beschlossene Resolution zur Gemeindeordnung können Sie hier herunterladen.

Liberalisierung versus Regulierung

Unterschiede zwischen freiheitlicher und grün-roter Politik

Es gibt Zeiten, in denen sind Regulierungen und Beschränkungen anstatt freiem Unternehmertum en vogue. Dass es nicht leicht ist, in solchen Zeiten Busunternehmer zu sein habe ich bei direkten Gesprächen mit Betroffenen erfahren.

Werden Buslinien ausgeschrieben, müssen heutzutage mehr und mehr Anforderungen erfüllt werden. Für viele kleinere Unternehmen sind solche Ausschreibungen daher nicht mehr zu stemmen. Nachtbusse müssen bedient und Linienbündel bereitgestellt werden.

Da an den einzelnen Fahrten immer weniger verdient wird, sind Investitionen in ökologische und barrierefreie Busse häufig nur noch mit öffentlichen Fördermitteln möglich. In diesem Jahr, so klagten die Busunternehmer, waren diese Fördertöpfe jedoch schon nach drei Tagen erschöpft – der Rest ging leer aus. Doch nur mit Planungssicherheit von politischer Seite kann der Busverkehr langfristig Bestand haben, der insbesondere in abgelegenen ländlichen Gebieten häufig die einzige ÖPNV-Anbindung an umliegende Städte darstellt.

Soviel zum Thema Regulierung. Liberalisiert wurde dagegen bei den Fernbussen – auf Initiative der FDP im Bundestag. Seit dem 1. Januar 2013 können Verbraucher auch längere Strecken in Deutschland mit dem Bus zurücklegen – kostengünstig und umweltfreundlich. Die Idee war, den bisherigen Bestandsschutz des Eisenbahnverkehrs aufzugeben und es auch Fernbussen zu erlauben, Passagiere zu attraktiven Preisen von Stuttgart nach Berlin zu transportieren.

An diesem Beispiel zeigt sich, welche Wirkungen liberale und wettbewerbsfördernde Politik der FDP im Gegensatz zu regulierender grün-roter Politik hat. Profitiert haben die geschätzten 9 Millionen Fahrgäste, die in diesem Jahr dieses kostengünstige Verkehrsmittel genutzt haben.

Die Frage ist jetzt: Was halten die Bürgerinnen und Bürger von der Liberalisierung? Kommt das Angebot an? Müssen wir weitere Haltestellen einrichten? Die FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, der alle Fraktionsvorsitzenden aus den deutschen Länderparlamenten angehören, hat eine Studie in Auftrag gegeben, genau diese Fragen zu beantworten.

Unabhängig davon, welche Ergebnisse die Studie offenbart. Die positiven Effekte der Liberalisierung auf die Geldbeutel der Passagiere kann man nicht leugnen.

13.06.14 | Stippvisite in NRW

Zu Gesprächen über Verkehrs- und Sozialpolitik war ich im Juni bei meinen Landtagskollegen in Nordrhein-Westfalen. Bild: Susanne Schneider MdL, gesundheitspolitische Sprecherin und Ulrich Alda MdL, Sprecher für Arbeit und Soziales der NRW-Landtagsfraktion.

Für einen stabilen Schulfrieden

Liberales Schulkonzept für eine planbare Bildungspolitik

Die gesamte Bildungspolitik der vergangenen Jahre gleicht einem Pendel mit unverhältnismäßig starkem Ausschlag. Schon zu Alleinregierungszeiten der CDU wurde beispielsweise der zunehmende Bedarf an Ganztagsbetreuung verschlafen – ein Versäumnis, das auch in der CDU/FDP-Koalition nicht korrigiert werden konnte.

Die grün-rote Landesregierung erschütterte mit ihrer überstürzten und unvorbereiteten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und dem Vorantreiben der Gemeinschaftsschule die Bildungslandschaft. Der Druck des demographischen Wandels auf unser Bildungssystem stieg.

Die Hoffnungen an die Bildungspolitik in Baden-Württemberg waren groß, als im Januar 2013 Andreas Stoch (SPD) von seiner Parteikollegin das Amt des Kultusministers übernahm. „Unaufgeräumt“, „nichts ist richtig fertig“ – so beschrieben die Akteure in der Bildungslandschaft die Situation.

Was hat sich getan? Sind mittlerweile Ruhe und Beständigkeit eingetreten? Weder noch – die Verantwortlichen empfinden den grün-roten Aktionismus nicht als produktiv, doch eher als hemmend und demotivierend.

Dabei sind es gerade stabile Rahmenbedingungen und Planbarkeit für die Zukunft, die unser Bildungssystem so dringend braucht.

Die Idee des Schulfriedens ist nicht neu. Anstatt das Schulsystem in jeder Legislaturperiode neu umzukrempeln soll ein überparteilicher Kompromiss gefunden werden. Eine gute Idee – grundsätzlich.

Unsere Kernidee zum Schulfrieden ist: Das Land stellt Ressourcen bereit und vor Ort wird in eigener Verantwortung die Ausgestaltung des Bildungsangebots entschieden. Wenige, aber dafür klare Regelungen fördern den Wettbewerb um die besten Bildungsangebote und pädagogischen Konzepte. Das mag nun sehr abstrakt klingen. Dieser grundlegende Gedanke findet sich aber in unseren sehr konkreten Maßnahmen wieder:

Gelingender Übergang

Die angestiegenen Sitzenbleiberquoten der Fünftklässler von 1,3 Prozent auf 1,6 Prozent an Gymnasien und von 3,9 Prozent auf 4,4 Prozent (jeweils von Schuljahr 2012/13 zu 2013/14) müssen uns aufwecken. Bei der abgeschafften verbindlichen Grundschulempfehlung besteht offensichtlich Bedarf für Anpassungen.

Sportabzeichen und Halbmarathon

Auch in diesem Jahr habe ich wieder mit Erfolg das Sportabzeichen absolviert. Meinen ersten Halbmarathon habe ich am 28.9. beim ersten Remstallauf von Waiblingen nach Urbach gemacht. Beistand erhielt ich von Landtagspräsident Guido Wolf MdL (Bild rechts), der auch den Startschuss für die rund 2.500 Läuferinnen und Läufer vornahm.

Fortsetzung:

Liberales Schulkonzept für eine planbare Bildungspolitik

Wir wollen Eltern besser beraten, wo ihre Kinder am glücklichsten werden. Verändern sich die Quoten bis 2017 nicht sonderlich, muss in unseren Augen die verbindliche Grundschulempfehlung wieder eingeführt werden.

Rucksackprinzip

Jeder Schüler bringt – wie in einem Rucksack – einen finanziellen Betrag an die Schule seiner Wahl. Diesen Pro-Kopf-Betrag erhalten die Schulen vom Land zugewiesen. Das fördert den Wettbewerb um die besten Konzepte.

Freie Schwerpunktwahl für Schulen

In eigener Verantwortung können die Schulträger ihre Schulen ausgestalten. Sie können Haupt- und Werkrealschulen zusammenfassen oder getrennt fortführen, sie können den Gymnasialstoff auf acht oder neun Schuljahre verteilen – die Freiheit liegt vor Ort.

Nötig dazu ist, dass die Schulen ihr eigenes Budget erhalten, um über Personalangelegenheiten sowie ihr inhaltlich-pädagogisches Profil eigenständig zu entscheiden.

Am Ende des Weges müssen für uns bundesweit einheitliche Bildungsstandards stehen. Ziel muss ein bundesweit möglichst einheitliches Zentralabitur sein, das dem Niveau des derzeitigen baden-württembergischen Abiturs in nichts nachsteht.

Unsere Idee für einen gelungenen Schulfrieden finden Sie unter diesem Link zum Download.

Baustellentour: Unterwegs im Regierungsbezirk Stuttgart

Baumaßnahmen mit einem Volumen von etwa 100 Millionen Euro habe ich gemeinsam mit Verkehrsminister Winfried Hermann und Regierungspräsident Johannes Schmalzl besucht.

Diese acht Baustellen stellen nur einen Anteil des Gesamtvolumens an Infrastrukturinvestitionen im Regieungsbezirk Stuttgart dar, in dem jährlich Projekte über 300 Millionen Euro realisiert werden.

Deutschlands höchste Autobahnbrücke (Bild) liegt im Landkreis Schwäbisch Hall, dem Heimatwahlkreis meines Fraktionskollegen Dr. Friedrich Bullinger (rechts im Bild).

Die Kochertalbrücke wird seit dem Jahr 2013 aufwändig an die gestiegenen Belastungen aus dem Schwerlastverkehr angepasst und verstärkt. Die imposante Baustelle mit Gesamtkosten von ca. 14,5 Millionen Euro war nur eines von vielen beeindruckenden Infrastrukturprojekten, die wir im Rahmen der Baustellentour 2014 unter die Lupe nahmen.

Sommertour mal anders

Ferien-Gespräche und 34 Sticker fürs Album

Mir ist es wichtig, dass ich in lockerer Atmosphäre mit jungen Menschen ins Gespräch komme und unsere politischen Aufgaben vermitteln kann. Deshalb habe ich in den Sommerferien zwei Jugendfreizeiten in meinem Wahlkreis besucht.

Als Präsident des Deutschen Harmonika-Verbandes e.V. interessierte mich ganz besonders, wie es im Music-Camp des Kreisjugendrings im Rems-Murr-Kreis zugeht. Außerdem musste ich 34 Sticker sammeln – die Aufgabe hat der Landesjugendring allen Politikern gestellt.

Der Landesjugendring hat die Landtagsabgeordneten zum Besuch von Ferienfreizeiten eingeladen, um die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit kennenzulernen.

Diese Gelegenheit habe ich genutzt, um das Music-Camp an der Ebersberger Sägemühle zu besuchen. 24 Kinder und Jugendliche zwischen elf und 15 Jahren sind hier zusammen, um zu „rocken, tanzen, Bands zu gründen“ (Kreisjugendring). Mein Akkordeon habe ich extra dafür mitgenommen. Gemeinsam spielten wir „Oh, when the saints“ – zur Freude aller „Music-Kids“.

Besuch der Ferienfreizeit Music Camp des Kreisjugendrings Rems-Murr in der Ebersberger Sägemühle in Oberrot.

Wie meine Kolleginnen und Kollegen wurde ich zusätzlich auf „Bäbberjagd“ geschickt: Alle haben ein Stickeralbum bekommen, das es zu befüllen gilt. Im Album zeigen die Verbände, wie sie tagtäglich die Kinder- und Jugendrechte bei ihrer Arbeit mit Leben füllen. Die ersten Aufkleber gab es mit dazu.

Mit dem ein oder anderen Abgeordneten habe ich außerdem Aufkleber ausgetauscht, damit jeder sein Album voll bekommt – denn dass wir Jugendarbeit für wichtig halten, verbindet ja alle Abgeordneten.

Ich bin sicher, dass ich nächstes Jahr wieder eingeladen werde – natürlich mit meinem Akkordeon.

19.09.14 | Messebesuch auf der AMB

Nach dem Motto „Politik trifft Wirtschaft“ habe ich auf der internationalen Ausstellung für Metallbearbeitung (AMB) in Stuttgart ein rundes Dutzend an Unternehmen besucht. Mit dabei waren auch viele Mittelständler aus unserer Region.
So auch die Firma HDC Huttelmaier aus Schorndorf, hier mit Junior-Chef Jörg Huttelmaier und Senior-Chef Klaus Huttelmaier.

Impressum:
Verantwortlich für den Inhalt: Jochen Haußmann MdL
Haus der Abgeordneten | Konrad-Adenauer-Straße 12 | 70173 Stuttgart
Wahlkreisbüro Schorndorf | Johann-Philipp-Palm-Straße 9 | 73614 Schorndorf
Wahlkreisbüro Waiblingen | Schwabstraße 31 | 71332 Waiblingen
www.jochen-haussmann.de | jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de